

Bundessache.at Wien/NÖ/BGLD – Aufnahmen unter Einbindung von Bundessache und Erschließung von Ausschreibungen 2018

EINLEITUNG:

2018 war das erste Jahr, in dem die Arbeit von Bundessache nach der neuen regionalen Gliederung (ab Jänner 2018) erfolgte. Im Lauf des Jahres zeichneten sich bei Bundessache Wien/NÖ/BGLD sehr gegensätzliche Trends ab:

- Eine **deutliche Steigerung der Erschließung von Stellenangeboten** in diesen Bundesländern und somit auch eine Verbreiterung des Angebotes für die Arbeit der Integrationsfachdienste in diesen Bundesländern.
- Andererseits war im Vergleich zu den letzten Jahren eine **deutliche Abnahme der dokumentierbaren Aufnahmen** zu verzeichnen.
- Gleichzeitig **zeichnen sich zum Jahresende 2018 aber auch gleich mehrere Aufnahmen für 2019 ab**

Im Zuge dieses Berichtes werden daher einerseits Schwerpunkte der Arbeit von Bundessache Wien/NÖ/BGLD abgebildet. Andererseits wird versucht, den Ursachen der aktuellen Entwicklung nachzugehen und mögliche Gegenstrategien darzustellen.

ÜBERSICHT

AUFNAHMEN UND GRÜNDE FÜR NICHTAUFNAHMEN

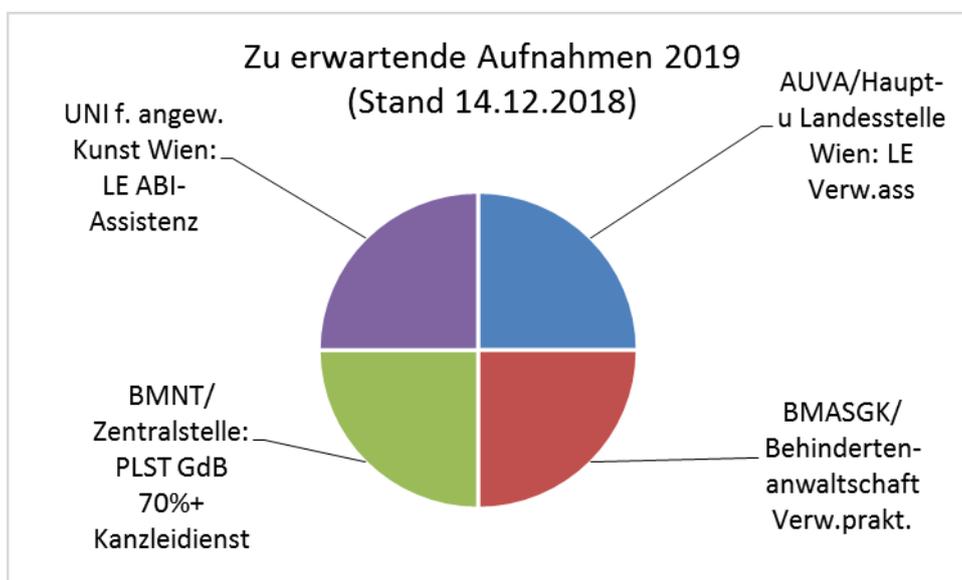
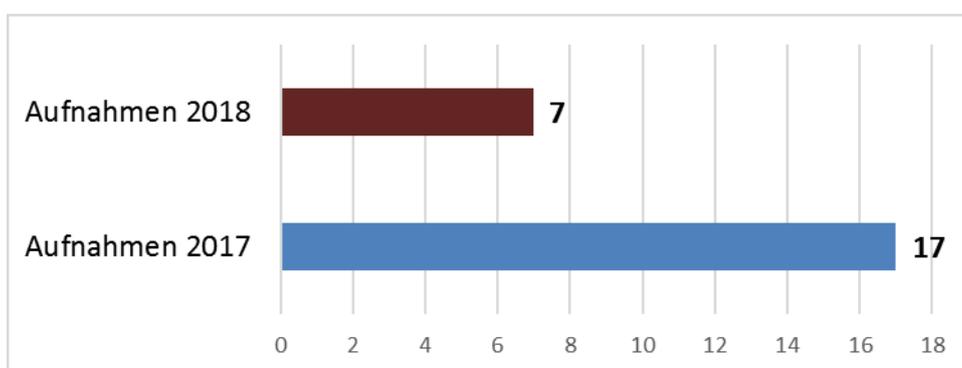
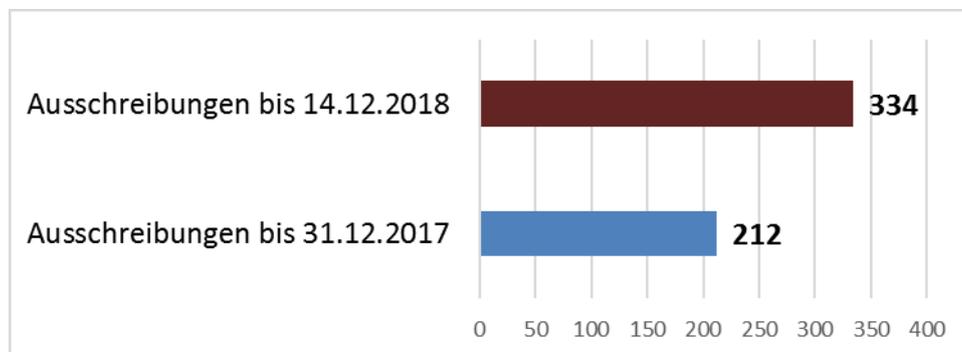
AUFNAHMEN NACH VERSCHIEDENEN KRITERIEN

ANSÄTZE ZU GEGENSTRATEGIEN

AUSBLICK AUF 2019

ÜBERSICHT:

Bearbeitete Ausschreibungen und dokumentierte Aufnahmen (jeweils Jahresergebnisse 2017 und 2018 für Wien/NÖ/BGLD) und aktuelle Aufnahmeverfahren mit hohem Potenzial (Stand 14.12.2018):

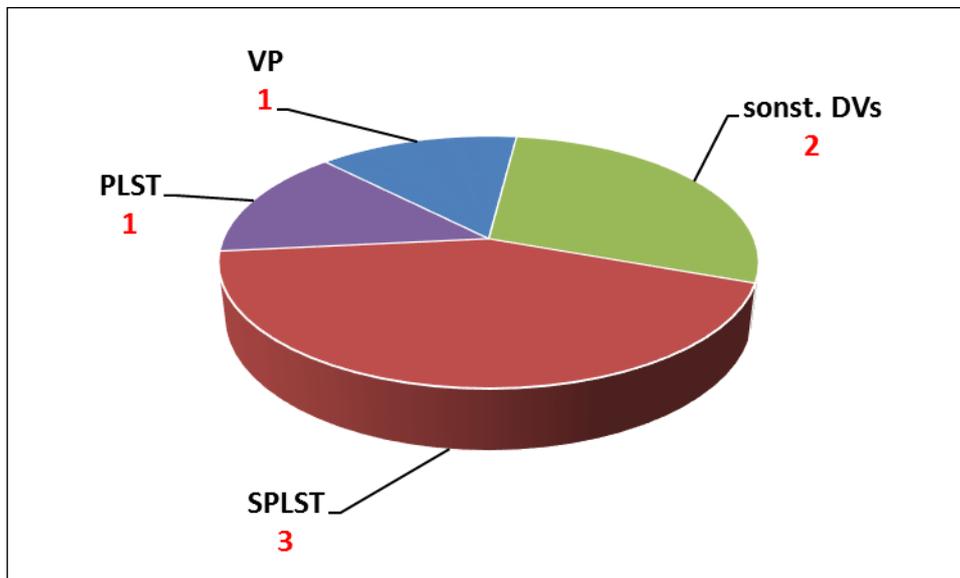


Ergänzende Information 22.01.2019: Die Behindertenanwaltschaft hat inzwischen eine Aufnahmeentscheidung getroffen, die Lehrstelle bei der UNI f. angew. Kunst Wien kam ebenfalls zustande. Das Aufnahmeverfahren beim BMNT ist im Laufen.

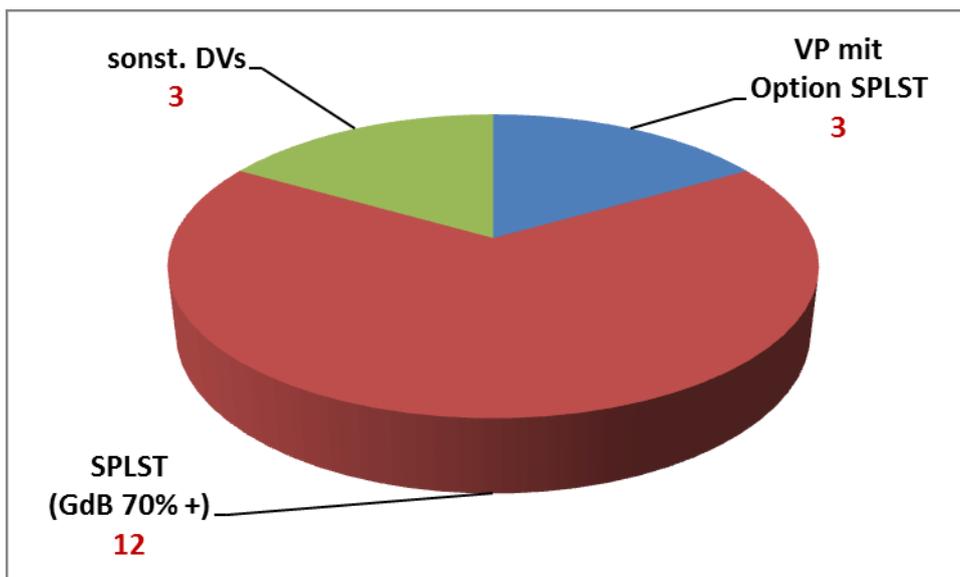
Bei der AUVA fiel letztlich die Entscheidung, aufgrund der organisatorischen Veränderungen die Lehrstellenaufnahmen 2019 auszusetzen (sowohl für Lehrlinge mit- als auch ohne Behinderung).

AUFNAHMEN UND GRÜNDE FÜR NICHTAUFNAHMEN:

Aufnahmen unter Einbindung von Bundessache.at 2018



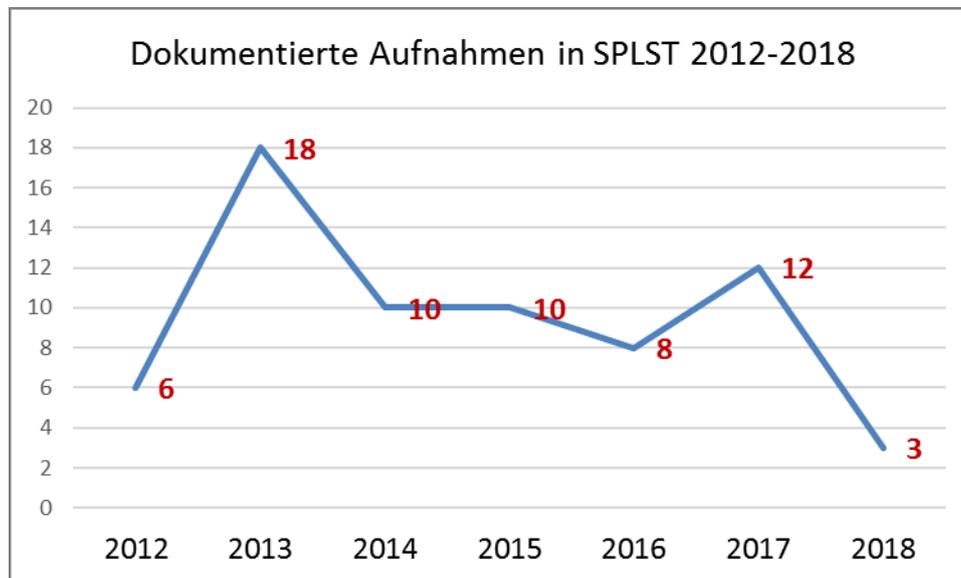
Zum Vergleich: dokumentierte Aufnahmen 2017:



Anmerkung: Sonstige Aufnahmen beziehen sich 2018 auf Beschäftigungen in der Privatwirtschaft und bei der UNI Wien.

Überaus gravierend erweist sich 2018 der Rückgang von Aufnahmen in Planstellen für begünstigt behinderte Personen mit einem GdB von mindestens 70%: Hier waren zwar auch bisher (seit 2012) unterschiedliche Trends zu verzeichnen, - allerdings gab es zwischen 2012 und 2017 nie einen solch dramatischen Rückgang bei den von BS dokumentierbaren Aufnahmen wie im Jahr 2018.

Übersicht zu den von BS dokumentierten Planstellen für begünstigt behinderte Personen mit einem GdB von mindestens 70% zwischen 2012 und 2018



Welche Aufnahmen werden von BS dokumentiert?

Bundessache.at dokumentiert Aufnahmen in Stellen,

- deren Ausschreibungen für die Betreuungs- und Vermittlungsarbeit der Integrationsfachdienste von Relevanz sind¹,
- deren Ausschreibungen daher im Rahmen der Stellenerschließung in die Arbeit von BS miteinbezogen werden²
- und zu denen die nötigen Personaldaten vorliegen, um die Aufnahmen für das Sozialministeriumservice nachzuweisen.³

Daher können keine Aufnahmen abgebildet werden, bei denen bundessache.at nicht eingebunden war oder zu denen keine (vollständigen) Informationen/Daten vorliegen.⁴

Nach diesen Gesichtspunkten werden Aufnahmen seit Bestehen des Projektes bundessache.at dokumentiert.

¹ Relevanz bezieht sich einerseits auf die unterschiedlichen Zielgruppen v.a. der Arbeitsassistenzen (nach unterschiedlichen Behinderungsformen), - andererseits werden großteils Stellen gesucht im Qualifikationsspektrum zwischen Pflichtschulabschluss und Matura. Stellen mit der Anforderung einer universitären Ausbildung werden punktuell ebenso in die Arbeit von bundessache.at miteinbezogen, sind aber im Vergleich zu den anderen bearbeiteten Stellenangeboten in der Minderzahl.

² Integrationsfachdienste werden von bundessache.at regelmäßig im Rahmen von Aussendungen über aktuelle Stellenangebote informiert (nach Möglichkeit erfolgen die Aussendungen wöchentlich).

³ Bundessache.at ist Teil des NEBA-Netzwerkes und ist daher (wie z.B. alle Arbeitsassistenzen) verpflichtet, erfolgte Aufnahmen für den Fördergeber (Sozialministeriumservice) zu dokumentieren. **Da BS selber allerdings keine KlientInnen-Arbeit leistet (die Schwerpunkte der Arbeit liegen in der Kommunikation mit Fachdiensten und Dienststellen), können Aufnahmen nur dann abgebildet werden, wenn entsprechende Daten von den Fachdiensten an BS rückgemeldet werden.**

⁴ Aufnahmen in SPLST beim SSR Wien laufen über d. Projekt Haus Aktiv und scheinen daher nicht bei BS auf.

Gründe für das Nichtzustandekommen von geplanten Aufnahmen:

AUVA:

- geplant war eine LE Verwaltungsassistentin (reguläre Lehre) ab 03.09.2018.
- Ergebnis: Nach einer fixen Zusage seitens der AUVA entschied sich eine Bewerberin für eine andere Lehrstelle aufgrund der Verunsicherung wegen der Organisationsveränderungen bei der AUVA (Öffentliche Diskussionen rund um geplante Veränderungen und mediale Resonanz).

BMB/LSR NÖ:

- Geplant war eine Aufnahme in eine Planstelle für begünstigt behinderte Personen mit einem GdB von mind. 70% (Mitarbeit in der Telefonzentrale)
- Ergebnis: Seitens des LSR NÖ wurde im April 2018 die Absicht einer Aufnahme im Rahmen einer solchen Planstelle besprochen und um Unterstützung bei der Suche nach geeigneten Bewerberinnen und Bewerber ersucht (Details der Informationen für Fachdienste wurden bereits abgestimmt). Grund für das Nichtzustandekommen: Seitens des LSR wurde letztlich wieder Abstand genommen von dem Vorhaben (seitens BS werden budgetäre Gründe vermutet).

BMI/BK:

- Geplant war eine Aufnahme in eine Planstelle für begünstigt behinderte Personen mit einem GdB von mind. 70% (v1).
- Ergebnis: Seitens der Personalabteilung wurde im Juni die Absicht bestätigt, eine Klientin einer Wiener Arbeitsassistentin in eine SPLST im BK aufzunehmen bzw. die entsprechenden Vorbereitungen dazu vorzunehmen (nach erfolgter Bewerbung). Im Oktober folgte letztlich die Absage bzw. Information zur Vormerkung hinsichtlich einer allfälligen späteren Aufnahme. Grund: laufende interne Organisationsveränderungen beim BK, die zu diesem Zeitpunkt keine Aufnahmen zulassen.

PARLAMENT:

- Geplant waren mögliche Aufnahmen in Planstellen für begünstigt behinderte Personen mit einem GdB von mind. 70% (Bereich: Facility > Hausarbeit, ev. auch Reinigung).
- Ergebnis: Im Juni 2018 wurde in einem Gespräch mit der Parlamentsdirektion die Möglichkeit angesprochen, anstelle des bisherigen externen Personals Personen mit Behinderung f.d. Bereich Facility aufzunehmen (Personen mit einem GdB 70%+). Es gibt in diesem Bereich bereits gute Erfahrungen z.B. mit MitarbeiterInnen mit Hörbehinderung. Grund für letztlich noch nicht zustande gekommene Aufnahmen (Information vom Oktober 2018):

bislang sind noch keine Letzt-Entscheidungen gefallen, ob für den Bereich FM weiterhin externe Personen oder Personen im Rahmen von Aufnahmen beschäftigt werden sollen. Letzterenfalls wird sich die Parlamentsdirektion mit BS in Verbindung setzen.

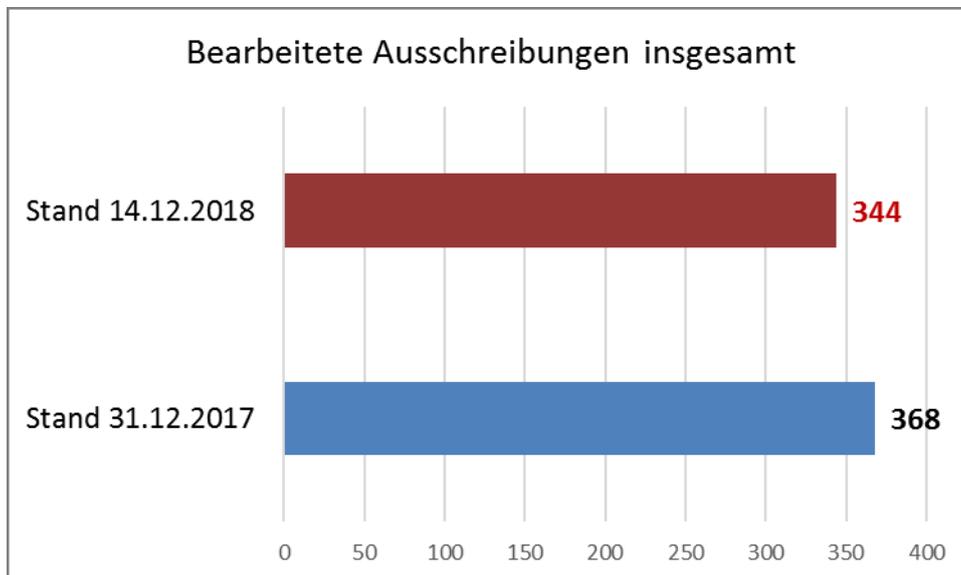
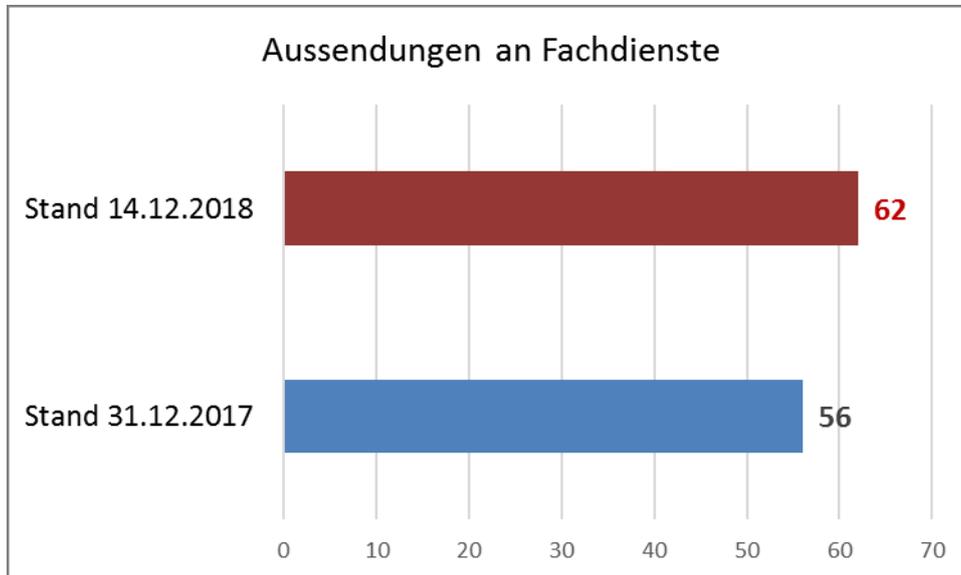
BMVRDJ/BVwG:

- Geplant war die Aufnahme in eine befristete Planstelle (Schreibdienst): Im September 2018 meldete eine Bewerberin, dass sie seitens des BVwG eine Aufnahmezusage erhalten hatte.
- Ergebnis: In einem späteren Telefonat bestätigte die Personalabteilung des BVwG die beabsichtigte Aufnahme ebenso wie die letztlich erfolgte Absage der Bewerberin.

Anmerkung: eine solche Häufung von Absagen bzw. Gründen für das Nichtzustandekommen von Aufnahmen ist im Vergleich zu früheren Jahren recht ungewöhnlich. Hinsichtlich Aufnahmen in Planstellen für beg. behinderte Personen mit einem GdB von mind. 70% werden seitens BS auch interne Sparvorgaben der Ressorts vermutet, die weitere Aufnahmen in diesem Rahmen bremsen (12 solche Planstellen wurden im Vorjahr dokumentiert, lediglich 3 im Jahr 2018 >>> d.h. hier spielen Aufnahmen beim SSR Wien kaum eine Rolle, da die Rahmenbedingungen für Erfassung und Dokumentation solcher Aufnahmen 2017 und davor gleich waren wie 2018).

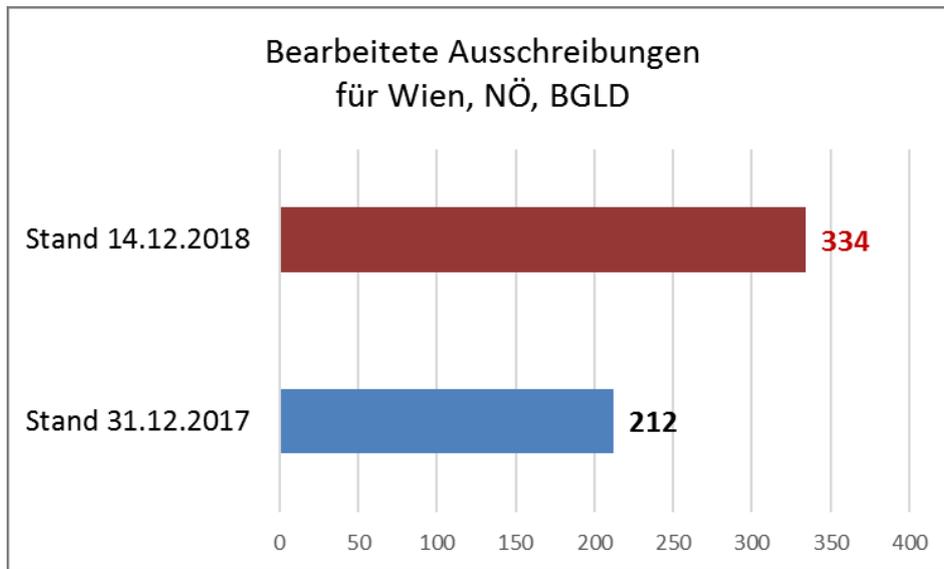
Erschließung von Ausschreibungen und Kontakte zu Dienststellen:

Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, ob aus den Zahlen zu bearbeiteten Ausschreibungen und zu Aussendungen (an Fachdienste) Gründe für den Rückgang bei dokumentierten Aufnahmen abgeleitet werden können.



Anmerkung: Im Vergleich zum Vorjahr wurden etwas weniger Ausschreibungen in die Arbeit miteinbezogen, - allerdings wurden 2017 noch alle (!) Bundesländer in die Arbeit miteinbezogen, - ab 2018 nur mehr Wien, NÖ und BGLD (sowie Ausschreibungen des SMS österreichweit).

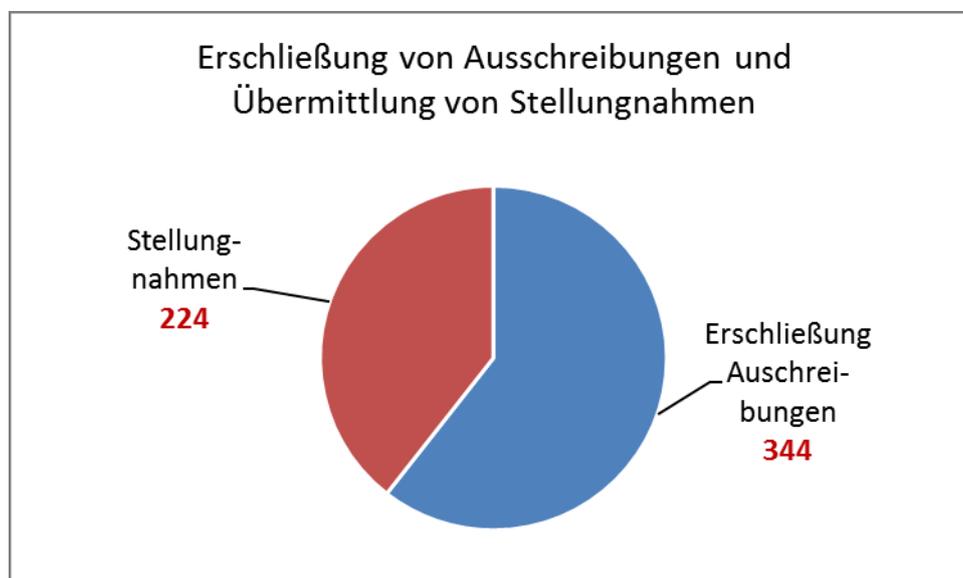
Im Folgenden daher eine Gegenüberstellung der bearbeiteten Ausschreibungen von Wien/NÖ und BGLD:



Anmerkung: 10 bearbeitete Ausschreibungen (Graphik insgesamt, s.o.) betrafen Ausschreibungen des SMS in anderen Bundesländern außer Wien, NÖ und BGLD, daher scheinen in dieser Graphik nur 334 bearbeitete Ausschreibungen auf. Dennoch ist ersichtlich, dass (infolge der Neuorganisation von BS ab 2018) für die Bundesländer Wien, NÖ und BGLD deutlich mehr Stellen erschlossen werden konnten als bisher.

Kontakte zu Dienststellen: etwa 560 (Stand 14.12.2018)

- In Zusammenhang mit der Erschließung von Ausschreibungen
- In Zusammenhang mit der Übermittlung von Stellungnahmen
- In Zusammenhang mit div. Besprechungen (BMÖDS und andere Ressorts)



Anmerkung: Kontakte zu aufnehmenden Dienststellen ergeben sich u.a. im Zuge der Kontaktnahmen zur Abklärung von Fragen zu Ausschreibungen (Abklärung von Rahmenbedingungen vor Ort, ergänzende Informationen zur betreffenden Tätigkeit und zu benötigten Voraussetzungen sowie zu allfälligen Vorerfahrungen der Dienststelle mit Behinderungen/gesundheitlichen Beeinträchtigungen). Ebenso ergeben sich Kontakte anlässlich von Bewerbungen von Klientinnen und Klienten der Fachdienste bei diesen Stellen (reguläre Planstellen, Planstellen für beg. behinderte Personen mit einem GdB von mindestens 70%, Lehrstellen, Verwaltungspraktika): Im Rahmen von Stellungnahmen, die seitens BS in Absprache mit den betreuenden Fachdiensten an die Dienststellen übermittelt werden, werden Qualifikationen und Berufserfahrung ebenso thematisiert wie allfällig benötigte Rahmenbedingungen in Zusammenhang mit einer gegebenen Behinderung bzw. Beeinträchtigung sowie unterstützende Angebote für die Dienststelle (im Sinne von möglichen Arbeitstrainings im Vorfeld einer Aufnahmeentscheidung oder der Beiziehung einer technischen Assistenz hinsichtlich benötigter Hilfsmittel oder einer Einschaltung eines begleitenden Jobcoachings oder einer Persönlichen Assistenz am Arbeitsplatz).

Ergänzend zu diesen Kontakten zu Dienststellen erfolgen – bewerbungsunabhängig – im Lauf eines Jahres immer wieder auch Gespräche mit Dienststellen, wo es um grundsätzliche Fragen der Aufnahme und Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen geht.

So erfolgten 2018 solche **ergänzenden Gespräche mit folgenden Dienststellen des Bundes:**

- BMF - Abteilung I/1 – Grundsatz Personal (Vernetzung mit Abt. I/1 und der Zentralbehindertenvertrauensperson)
- BMÖDS III/A/3 - Kompetenzcenter B (mehrfache Gespräche im Lauf des Jahres sowohl zu grundsätzlichen Fragen als auch zur Detailfragen hinsichtlich einzelner Aufnahmeverfahren)
- BMÖDS III/B/4 (TN an einer ressortübergreifenden Vernetzung zwischen BMÖDS und Behindertenvertrauenspersonen aus den Ressorts)
- BMVRDJ - OLG Wien, Referat 4.1 (Vernetzung mit den MitarbeiterInnen der Personalabteilung)
- Parlamentsdirektion - Abt. A1.1. (Vernetzung mit den MitarbeiterInnen der Personalabteilung)

AUFNAHMEN NACH VERSCHIEDENEN KRITERIEN:

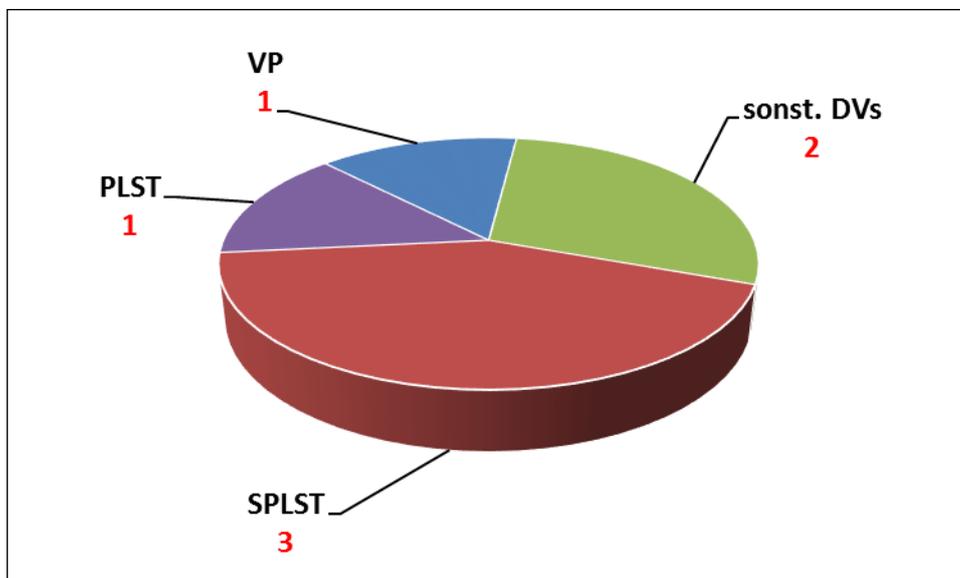
Aufnahmen nach Art und Dienstgeber (Bund und sonstige Aufnahmen)

Aufnahmen/Erfolge nach bestimmten Kriterien

Laufende und geplante Aufnahmeverfahren Ende 2018

Aufnahmen nach Art und Dienstgeber (Bund und sonstige Aufnahmen)

Aufnahmen nach Art der Beschäftigung:



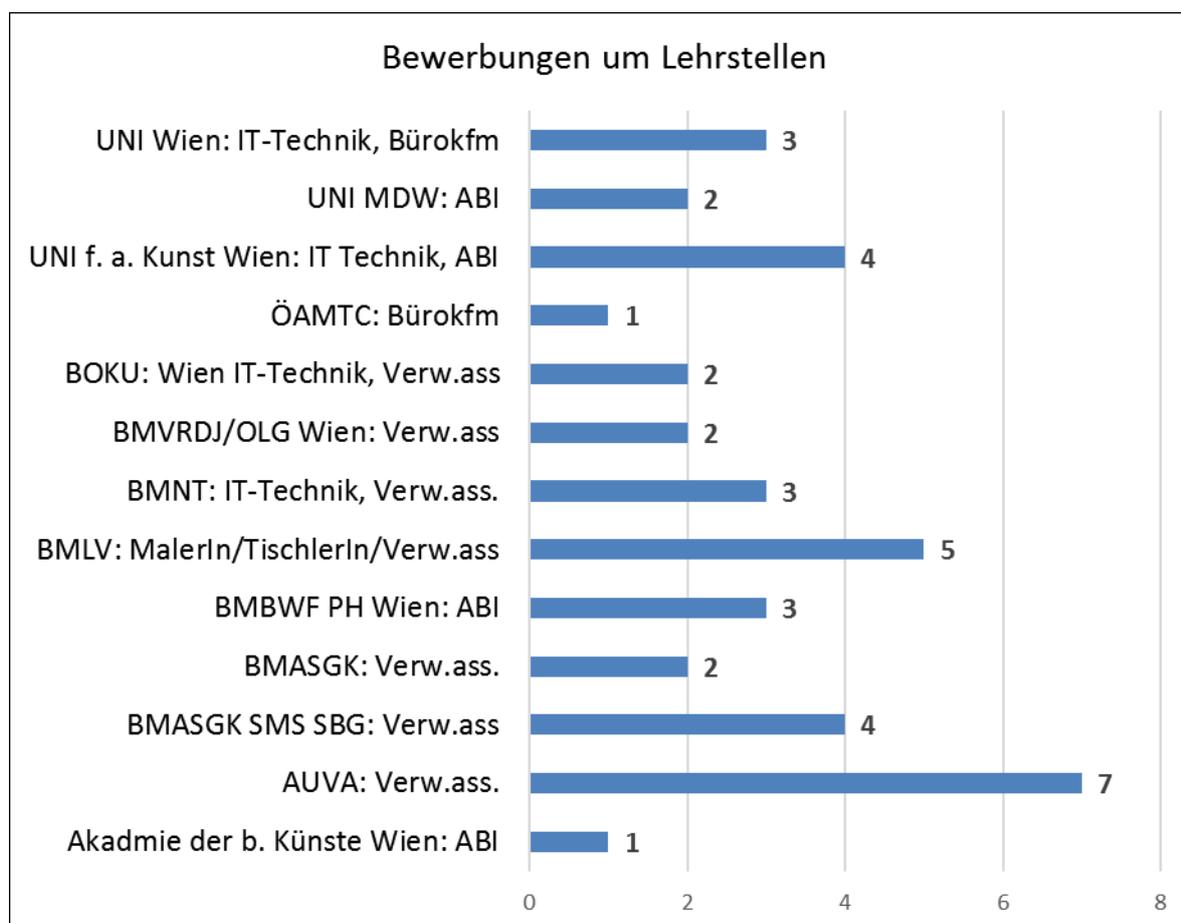
Im Folgenden werden Informationen dargestellt zu

- Lehrstellen
- Verwaltungspraktika
- Planstellen
- Aufnahmen bei anderen Dienstgebern

Lehrstellen:

wie auch 2017 konnte keine Aufnahme in eine Lehrstelle verzeichnet werden. Vor allem fehlen weiterhin Möglichkeiten der verlängerten Lehre.

Selbst unter Berücksichtigung der Tatsache, dass Bundessache immer nur von einem Teil der Bewerbungen und Aufnahmen erfährt, liegen Informationen zu einer Reihe von erfolgten Bewerbungen um Lehrstellen vor. Da es sich bei diesen Ausschreibungen in der Regel immer um reguläre Lehren handelt, wird auch an dieser folgenden Übersicht sehr deutlich, wie schwer es BewerberInnen mit Behinderung auch bei Lehrstellen haben, die Chance einer Ausbildung nützen zu können:

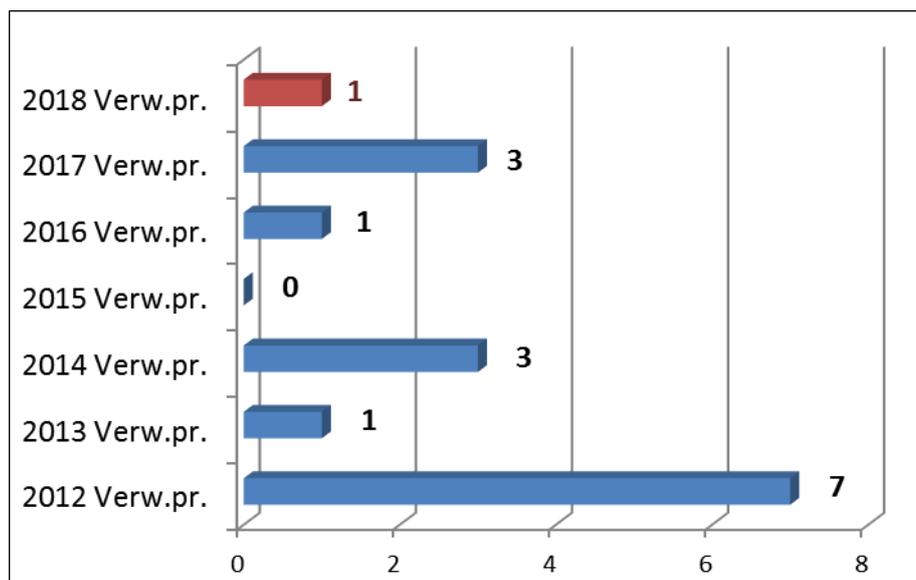


Anmerkung: da erfahrungsgemäß nur ein Teil der erfolgten Bewerbungen BS rückgemeldet wird, ist von einer deutlich höheren Zahl an erfolgten Bewerbungen auszugehen.

Zu einer dieser Bewerbungen lag zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichtes die Info zur fixen Aufnahmeentscheidung vor, die Aufnahme erfolgte dann letztlich wie geplant im Jänner 2019.⁵

Die AUVA musste allerdings aufgrund der organisatorischen Veränderungen die Aufnahmen von Lehrlingen 2019 aussetzen.

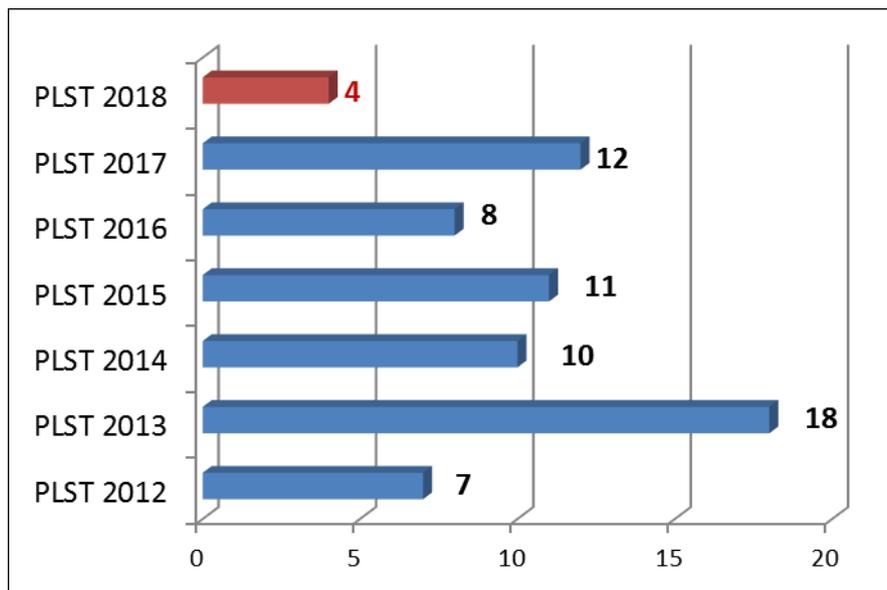
⁵ UNI für angewandte Kunst Wien, LE Archiv-, Bibliotheks- und Informationsassistentz

Verwaltungspraktika:

Anmerkung: Im Vergleich zu früheren Jahren ist das Jahr 2018 auch hinsichtlich der Aufnahmen in VP ein „schwaches“ Jahr. Dennoch sind VP eine wichtige Option auch für BewerberInnen mit Behinderung, da hier die „Hemmschwellen“ hinsichtlich einer Aufnahme für Dienststellen niedriger sind als bei Planstellen und da manche Ressorts Nachbesetzungen von Planstellen immer wieder aus dem Pool der VerwaltungspraktikantInnen vornehmen.⁶

Zudem ist zu bedenken, dass Bewerbungen von Menschen mit Behinderungen oft davon abhängig sind, ob die betreffenden Personen der Zielgruppe beg. Behinderte ab einem GdB von mind. 70% angehören: BewerberInnen mit einem niedrigeren GdB können nicht von der (grundsätzlichen) Möglichkeit einer gesonderten Planstelle profitieren. Daher könnte gerade für die Zielgruppe der BewerberInnen mit einem niedrigeren GdB das Angebot von Verwaltungspraktika eine Chance bedeuten, in einer Dienststelle mitzuarbeiten und sich berufliche Erfahrung im Verwaltungsdienst anzueignen.

⁶ Vgl. Verwaltungsdienst v4 (Kanzleidiens) im Wirkungsbereich des OLG Wien

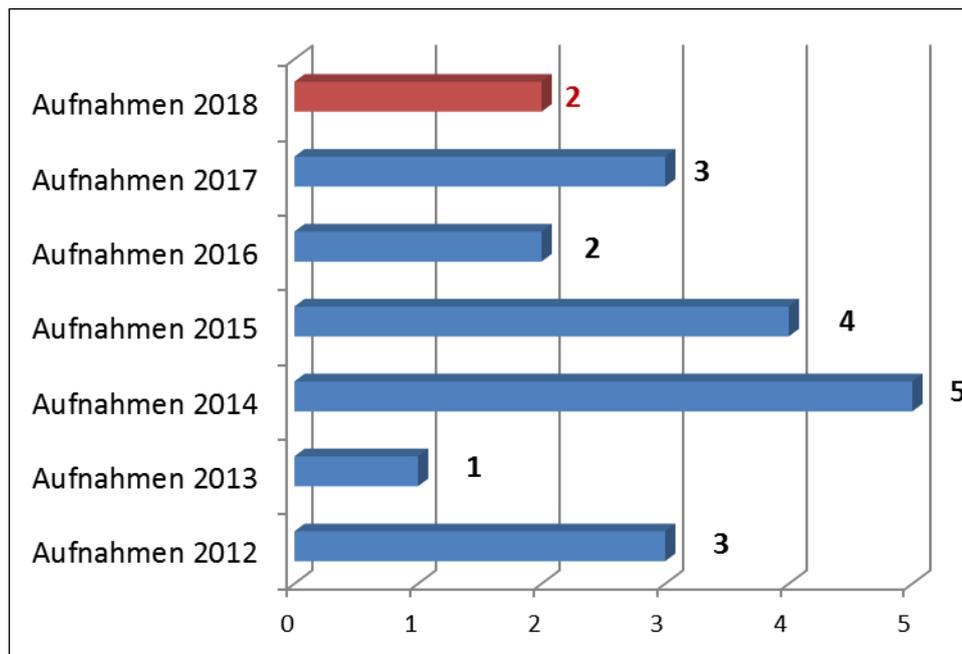
Planstellen (befristet und unbefristet):**Anmerkungen:**

Entscheidend wirkt sich 2018 der Mangel an dokumentierbaren Aufnahmen in Planstellen für begünstigt behinderte Personen mit einem GdB von mind. 70% aus. 2017 erfolgten alle (!) 12 verzeichneten Aufnahmen in diesem Rahmen, 2018 konnten so wenig Aufnahmen dieser Art verzeichnet werden wie bisher noch nie (vgl. dazu auch die Verlaufsgaphik dieser Aufnahmen auf Seite 4).

Die Aufnahmen aus der Zielgruppe GdB 70%+ erfolgten beim BMNT (Bundesgärten/Parkaufsicht), beim BMBWF/ZAMG Wien (Mitarbeit bei der IKT – Netzwerkadministration) und beim BMBWF/LSR SBG (Schreibkraft in einer Bundesschule).⁷

Andererseits konnte 2018 auch eine Aufnahme in eine befristete Planstelle dokumentiert werden (Kanzleidiensnt im BVwG, v4). Dies ist umso bemerkenswerter als es sich hier um eine allgemein ausgeschriebene Stelle handelte.

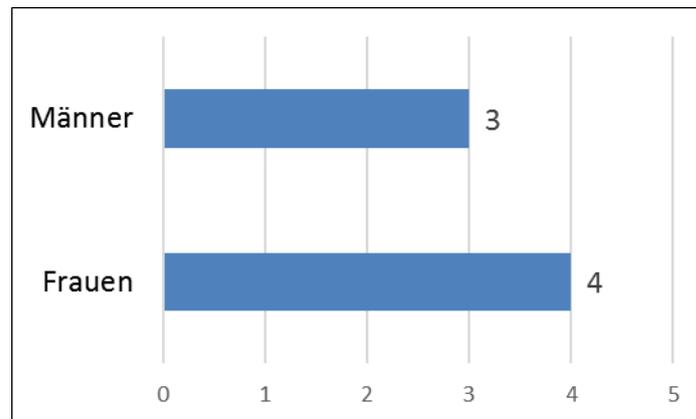
⁷ Dieses Aufnahmeverfahren bestand noch seit 2017 und konnte daher noch von BS Wien/NÖ/BGLD 2018 abgeschlossen werden. Es war das letzte Aufnahmeverfahren aus der früheren Organisationsform von Bundessache.

Aufnahmen bei anderen Dienstgebern:**Anmerkungen:**

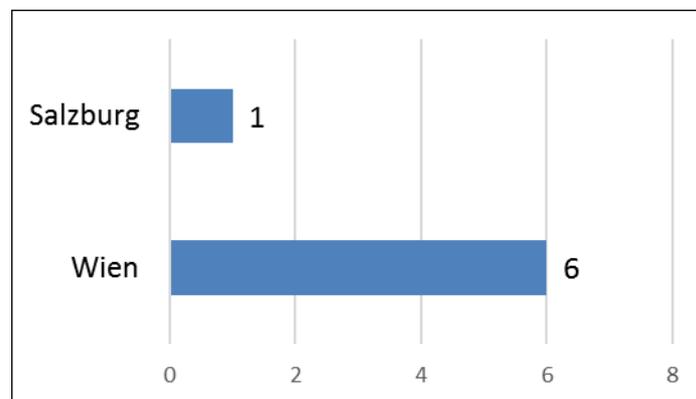
Die erfolgten Aufnahmen belegen trotz der geringen Zahl, dass die erweiterte Stellensuche (Einbeziehung von ausgegliederten Organisationen des Bundes sowie punktuelle Einbeziehung anderer Dienstgeber) wiederholt zu Aufnahmen führt: Einerseits sind die Stellen im Verwaltungsdienst der Universitäten zu erwähnen (eine der hier abgebildeten Aufnahmen erfolgte auf der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien), andererseits hat es sich auch bewährt, dass punktuell auch Stellenangebote (größtenteils auch im Verwaltungsdienst) bei Caritas und Diakonie in die Arbeit miteinbezogen werden (die zweite der angeführten Aufnahmen erfolgte im Verwaltungsdienst der Diakonie).

Aufnahmen/Erfolge nach bestimmten Kriterien:

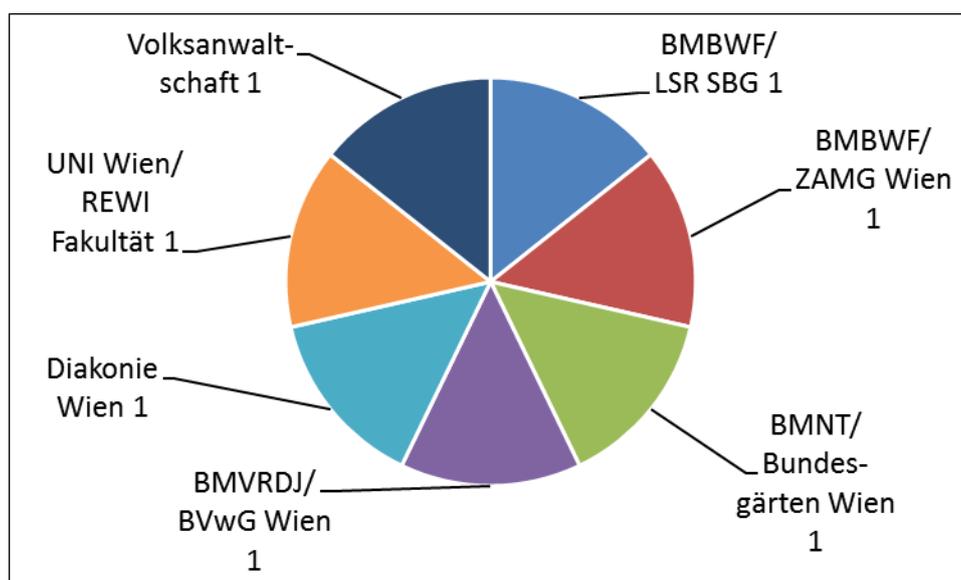
Aufnahmen/Erfolge 2018: **Frauen – Männer**



Aufnahmen/Erfolge 2018 nach **Bundesländern**

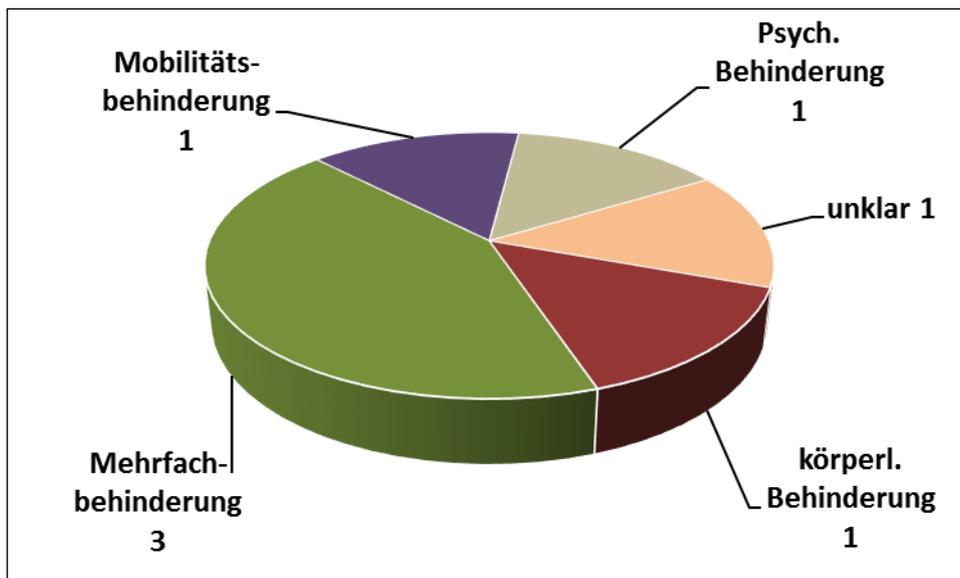


Aufnahmen/Erfolge 2018 nach **Ressorts und Organisationen**



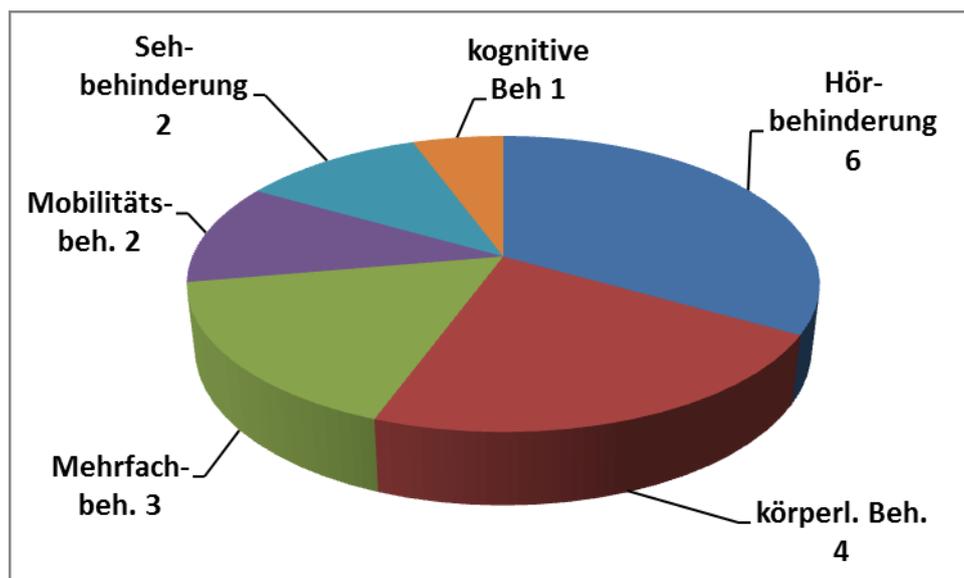
Anmerkung: eine Aufnahme beim LSR SBG erfolgte noch aufgrund der früheren österreichweiten Tätigkeit (Verfahrensbeginn 2017, Ende 2018).

Aufnahmen/Erfolge 2018 nach Behinderungsart

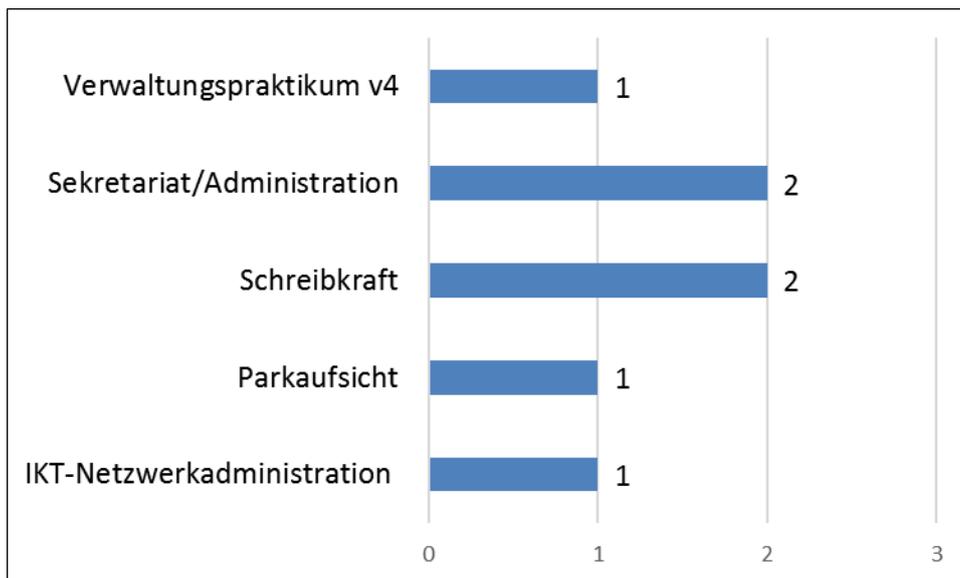


Anmerkung: Mitunter liegt aus der Kommunikation mit den betreuenden Fachdiensten keine gesicherte Information zur Behinderungsart vor (Behinderungsart „unklar“).

Diese Abbildung der Behinderungsformen spiegelt auch den angesprochenen Mangel an Planstellen für die Zielgruppe mit einem GdB von mind. 70% wieder: Bei Aufnahmen in mehrere solcher Planstellen sind im Regelfall v.a. auch Personen mit Sinnesbehinderung zu verzeichnen. Vgl. dazu die entsprechende Übersicht aus dem Jahr 2017, in dem 12 (!) Aufnahmen in solche Planstellen dokumentiert werden konnten (insg. 8 Aufnahmen von Personen mit Sinnesbehinderung):

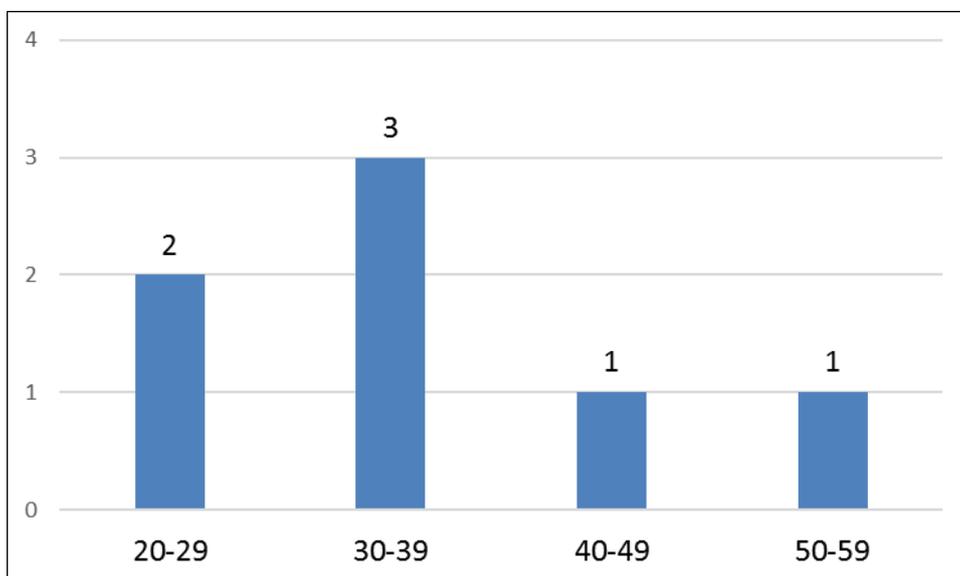


Aufnahmen/Erfolge 2018 nach **Berufsbildern**



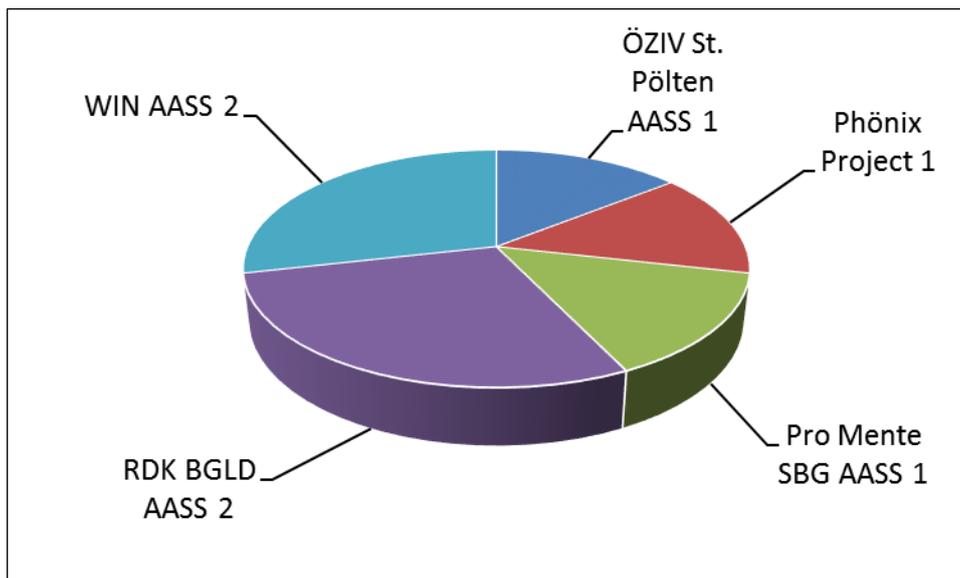
Anmerkung: Das Spektrum der erforderlichen Qualifikationen umfasste 2018 den Bereich Pflichtschule bis Matura; eine geplante Aufnahme einer Klientin mit Universitätsabschluss kam letztlich nicht zustande.

Aufnahmen/Erfolge 2018 nach **Alter**



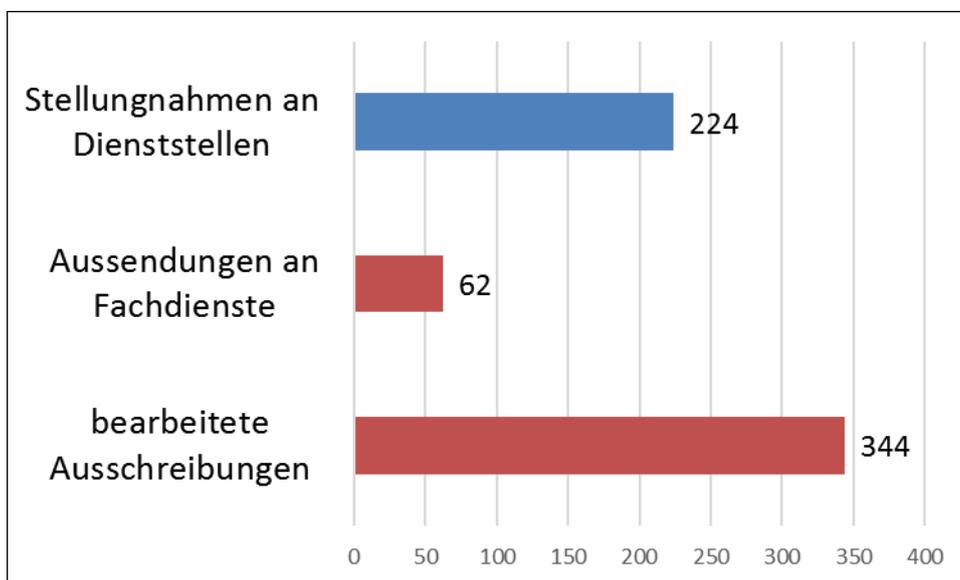
Anmerkung: Die Graphik belegt u.a. auch den Mangel an Aufnahmen in Lehrstellen (v.a. den Mangel an verlängerten Lehren > Altersgruppe 15-19 fehlt).

Aufnahmen/Erfolge 2018 nach Integrationsfachdiensten



Anmerkung: Auch bei dieser Graphik ist der Mangel an Planstellen für die Zielgruppe GdB 70%+ erkennbar: In diesem Jahr sind keine Aufnahmen von KlientInnen der Arbeitsassistenzen BSV bzw. WITAF zu verzeichnen.

Unterstützende Maßnahmen für Integrationsfachdienste und Dienststellen



Anmerkung: von den 344 bearbeiteten Ausschreibungen betrafen 334 die Bundesländer Wien, NÖ und BGLD, die restlichen 10 Ausschreibungen entfielen auf Stellenangebote des SMS in anderen Bundesländern.

Laufende und geplante Aufnahmeverfahren Ende 2018

Gegen Jahresende 2018 zeichnen sich erfreulicherweise bereits einige Aufnahmen für 2019 ab:

Aufnahmeverfahren mit hohem Potenzial für Aufnahmen:

- BMASGK – Behindertenanwaltschaft: Seitens der Behindertenanwaltschaft wurde neuerlich ein Verwaltungspraktikum für die Mitarbeit in der Beratungstätigkeit ausgeschrieben (nach Möglichkeit mit der Option einer nachfolgenden Übernahme in eine Planstelle). Bis 14.12.2018 lagen 16 Bewerbungen vor, eine Aufnahmeentscheidung konnte Ende Dezember 2018 erfolgen.⁸
- BMNT – Zentraleitung: das BMNT plant eine Aufnahme im Rahmen einer Planstelle für begünstigt behinderte Personen mit einem GdB von mindestens 70% (Kanzleidienst). Ende der Bewerbungsfrist war der 09.01.2019: Bis Fristende erfolgten letztlich 12 Bewerbungen.

Bereits vorliegende Zusagen von Aufnahmen:

- UNI für angewandte Kunst Wien: Die Universität hat neuerlich eine Lehrstelle im Berufsbild Archiv-, Bibliotheks- und InformationsassistentIn ausgeschrieben, die Informationen zur Lehrstelle wurden im Rahmen einer Aussendung (20.11.2018) an die Fachdienste übermittelt. Die Aufnahmeentscheidung fiel letztlich auf eine Bewerberin einer Produktionsschule in Wien, - die eine Zusage für die Aufnahme im Jänner 2019 erhielt.

Ergänzende Information zur AUVA (22.01.2019):

- AUVA – Haupt- und Landesstelle Wien: Seitens der AUVA wurden Ende 2018 wieder Lehrlinge für das Berufsbild VerwaltungsassistentIn gesucht. Bis Ende der Bewerbungsfrist (15.12.2018) lagen 10 Bewerbungen aus dem Kreis der KlientInnen der Fachdienste vor, die AUVA hatte explizit auch BewerberInnen mit Behinderung angesprochen. Letztlich musste die AUVA wegen der organisator. Veränderungen die Lehrlingsaufnahmen für 2019 generell aussetzen, sie plant aber für 2020 nach Möglichkeit neuerlich Lehrlingsaufnahmen und beabsichtigt, in diesem Rahmen auch wieder ausdrücklich Menschen mit Behinderung anzusprechen.

⁸ Nähere Informationen zum geplanten Aufnahmedatum lagen zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichtes noch nicht vor.

ANSÄTZE ZU GEGENSTRATEGIEN

Durch den – im Vergleich mit den Vorjahren – dramatischen Rückgang bei den von BS dokumentierbaren Planstellen für die Zielgruppe GdB 70%+ ist es notwendig, Möglichkeiten zu suchen, um dem weiteren Rückgang an Aufnahmen entgegenzuwirken.⁹ Folgende Überlegungen ergeben sich daher aufgrund der Entwicklungen 2018, wobei diese Überlegungen noch mit dem BMÖDS abzustimmen sind:

1. Angebotspaket für den Bund

Ziel: Unterstützung der Bundesdienststellen mit dem Ziel, dass der Bund auch nach 2022 die Beschäftigungsquote nach dem BEinstG halten kann (durch Pensionierungen und durch Aufnahmestopps wird die Quote ohne Gegensteuerung ab 2022 nicht mehr erfüllbar sein)¹⁰

Angebotene Maßnahmen:

- Unterstützung von Dienststellen, die bei geplanten Neuaufnahmen auch MMB in ihre Suche miteinbeziehen. Diese Unterstützung betrifft sowohl Aufnahmen in Planstellen für beg. behinderte Personen mit einem GdB ab 70% als auch Aufnahmen in reg. Planstellen, Verwaltungspraktika (s.u.) und Lehrstellen (v.a. auch verlängerte Lehren).
- Unterstützung von Dienststellen, die durch Sicherung der Beschäftigung von MitarbeiterInnen mit Behinderung ihre Beschäftigungsquote erhalten wollen > Einbindung des Jobcoachings

Planung für die Durchführung:

- Vorbereitende Gespräche mit dem BMÖDS.¹¹
- Erstellung eines Produktblattes (Unterstützung hinsichtlich der Beschäftigungsquote)
- Kontaktnahme mit Personalabteilungen

Nutzen für den Bund: Unterstützung beim Erhalt der Beschäftigungsquote

Nutzen für IFDs: mehr Chancen für Aufnahmen einzelner KlientInnen (Zielgruppe sind v.a. Personen mit einem GdB ab 50% > wegen Anrechenbarkeit auf die Beschäftigungsquote).

⁹ Allerdings ist hier auch zu vermerken, dass der Bund hingegen einen **Zuwachs von Aufnahmen in solche Planstellen** verzeichnet: Diese Diskrepanz ergibt sich aus der Differenz der tatsächlich erfolgten Aufnahmen und jener geringeren Zahl an Aufnahmeverfahren, bei denen BS eingebunden war (und nur zu diesen Aufnahmen liegen BS entsprechende dokumentierbare Daten vor).

¹⁰ Info BMÖDS III August 2018

¹¹ Seitens des BMÖDS ist ein Maßnahmenpaket zur Beschäftigung von MMB geplant. Im Vorfeld davon wird auch BS die Möglichkeit von Gesprächen bzw. einem Informationsaustausch nützen.

2. Verwaltungspraktika für MMB

Ziel: Angebot der Verwaltungspraktika gezielter als Chance für Menschen mit Behinderungen zu nützen. Im Idealfall (Überlegung zur Gegenstrategie zum weiteren Absinken von Aufnahmen) könnten in diesem Rahmen explizit BewerberInnen mit Behinderung angesprochen werden.

Plan: Ressorts seitens BS anzusprechen, um Menschen mit Behinderung in Verwaltungspraktika aufzunehmen (da es sich hier nicht um Planstellen handelt, wären solche Beschäftigungen vermutlich auch leichter umsetzbar als Aufnahmen in Planstellen).

Nachteile für BewerberInnen mit Behinderung: wegen Befristung von 12 Monaten weniger attraktiv (sofern keine Anschlussperspektive gegeben ist), allerdings wären die Hemmschwellen für Dienststellen auch geringer, wodurch wieder mehr Menschen mit Behinderungen (zumindest befristet) im Bund mitarbeiten könnten.

AUSBLICK AUF 2019

Für weitere Aufnahmen von Menschen mit Behinderungen im Bundesdienst sind – zusammengefasst – voraussichtlich folgende Faktoren ausschlaggebend:

Planstellen für begünstigt behinderte Personen mit einem GdB von mindestens 70%: entscheidend wird sein, ob seitens des Bundes 2019 mehr Möglichkeiten für Aufnahmen in diesem Rahmen verfügbar gemacht werden können (die dokumentierten Aufnahmezahlen der letzten Jahre waren maßgeblich von diesen Aufnahmen geprägt). Das Aufnahmeverfahren im BMNT (Dezember 2018/Kanzleikraft) ist diesbezüglich ein sehr positives Zeichen. Zudem bleibt die Hoffnung, dass manche der für 2018 geplanten (und dann noch nicht durchgeführten) Aufnahmen ev. doch 2019 umgesetzt werden.

Lehrstellen: hier wird entscheidend sein, ob es gelingt, wieder Aufnahmen in Lehrstellen zu erschließen, - **vor allem verlängerte Lehren wären ein dringend benötigtes Angebot** für KlientInnen der Jugendarbeitsassistenzen und der Produktionsschulen. Die Aufnahme einer Bewerberin bei der UNI f. angewandte Kunst Wien (Jänner 2019) belegt die Bereitschaft der Aufnahme in diesem Sektor, - es ist zu hoffen, dass auch Bundesdienststellen wieder mehr BewerberInnen mit Behinderung die Chance einer Lehrausbildung geben können.

Verwaltungspraktika: in diesem Bereich werden voraussichtlich zwei Ziele entscheidend sein: 1. Mehr BewerberInnen mit Behinderungen zu überzeugen, dass auch Verwaltungspraktika mit interessanten

Beschäftigungen im Bundesdienst verbunden sind und mitunter auch einen Einstieg in eine reguläre Mitarbeit im Bund ermöglichen¹² (wenn Dienststellen z.B. aus dem Pool der VerwaltungspraktikantInnen Nachbesetzungen von Planstellen vornehmen). 2. Dienststellen zu gewinnen, um gezielter als bisher Menschen mit Behinderungen als BewerberInnen für Verwaltungspraktika anzusprechen. Sehr ermutigend ist das aktuelle Aufnahmeverfahren der Behindertenanwaltschaft, bei dem gezielt BewerberInnen mit Behinderung für die Aufnahme in ein VP angesprochen wurden.

Abgesehen von diesen Schwerpunkten könnten sowohl (weitere) Vernetzungen mit Dienststellen und ein Ausbau der Aussendungen an die Fachdienste grundsätzlich zu Chancen weiterer Aufnahmen beitragen, allerdings ist dies einerseits abhängig von den gegebenen Kapazitäten und andererseits von den realen Chancen auf Aufnahmen: Gerade 2018 hat deutlich gezeigt, dass auch eine erhebliche Steigerung des Stellenangebotes für die Bundesländer Wien/NÖ/BGLD zu keinem Anstieg von Aufnahmen führen kann, wenn keine Möglichkeiten bestehen, mehr Menschen mit Behinderungen in eine Beschäftigung im Bundesdienst aufzunehmen.

Umso mehr ist zu hoffen, dass sich die Aufnahmen, die sich zum Jahresende 2018 abzeichnen, im Jahr 2019 fortsetzen lassen. Seitens bundessache.at besteht jedenfalls Interesse und die Bereitschaft, dazu beizutragen, dass der Bund auch nach 2022 eine wichtige Beschäftigungsoption für Menschen mit Behinderungen bleibt.¹³

Rückfragen:

Mag. Klemens Knapp-Menzl

Tel. 01/ 288 80 – 546

Mail klemens.knapp-menzl@wienwork.at

Stand der Informationen: Texte und Diagramme wurden bis 14.12.2018 erstellt und mit aktualisierten ergänzenden Informationen am 22.01.2019 finalisiert.

¹² Diese Chance wird m.M. nach von zu wenig BewerberInnen mit Behinderung wahrgenommen, - dies zeigt sich z.B. an den geringen Bewerbungen im Verwaltungspraktika im Kanzleidienst des OLG Wien, - wobei gerade das OLG Wien Nachbesetzungen von Planstellen aus dem Bereich der VerwaltungspraktikantInnen vornimmt.

¹³ Damit ist gemeint, dass der Bund auch bei erwartbaren Abgängen oder Nichtnachbesetzungen in den nächsten Jahren (durch Pensionierungen und Sparvorgaben) weiterhin seine Beschäftigungsquote erfüllen - und Menschen mit Behinderungen weiterhin längerfristige berufliche Perspektiven anbieten kann.